

## Wirtschaftspolitik in Zeiten der Stagnation

# Die sieben fetten und die sieben mageren Jahre

Lange waren hohe Wachstumsraten und mehr Wohlstand selbstverständlich. Das waren die sieben fetten Jahre. Nun ist es mit der Wachstumsherrlichkeit in Deutschland nicht mehr so weit her und das Wohlstandsversprechen gerät in eine Krise. Vor uns liegen die sieben mageren Jahre.

Von Stefan Zundel

Die durchschnittliche Wachstumsrate in den siebziger Jahren betrug 2,8 Prozent, in den achtziger Jahren waren es 2,6 und in den neunziger Jahren waren es noch 1,5 Prozent. Dieses Wachstum war verantwortlich für die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit nach dem Krieg und für die erfolgreiche Integration der Millionenschar der Vertriebenen. Genauso wie für einen rasant steigenden individuellen Wohlstand und einen Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, der alles in den Schatten stellte, was Bismarck sich weiland zur Befriedung der Sozialdemokratie vorgenommen hatte.

Selbst die deutlich moderateren Wachstumsraten in den siebziger und achtziger Jahren schufen noch Verteilungsspielräume, die für eine ambitionierte Umweltpolitik genutzt werden konnten. Der akkumulierte Wohlstand erlaubte in den neunziger Jahren einen beträchtlichen Mitteltransfer von West nach Ost. Dieser betrug je nach Berechnungsgrundlage zwischen 100 und 150 Milliarden Euro jährlich.

### Die sieben fetten Jahre ...

Offensichtlich ist es mit dem Wachstum in Deutschland nicht mehr so weit her. Gibt es überhaupt einen Weg zurück zu alter Wachstumsherrlichkeit? Das hängt davon ab, wie man die anhaltende Wachstumsschwäche deutet. Die vermutlich populärste Deutung der anhaltenden Wachstumsschwäche bezieht sich auf die langen Wellen der wirtschaftlichen Entwicklung, die so genannten Kondratieff-Zyklen. Danach werden solche lange Wellen getragen durch Basisinnovationen, die die Bildung neuer Branchen und Absatzmärkte ermöglichen. In der frühen Phase ihrer Entwicklung bescheren sie der Wirtschaft hohe Wachstumsraten, um dann in einer Reifephase zu stagnieren oder zu schrumpfen. Demnach war die Verlangsamung der Wachstumsraten in Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren vor allem ein Ergebnis eines auslaufenden Kondra-

tieff-Zyklus. Dieser stützte sich auf Branchen, die nunmehr in ihre Reifephase gelangt waren: die Elektroindustrie, die Metallindustrie, der Fahrzeugbau und die Chemieindustrie.

Das Auslaufen eines alten und der Beginn eines neuen Kondratieff-Zyklus ist regelmäßig von einer Phase des beschleunigten Strukturwandels begleitet. Die Markteintrittsbarrieren für Newcomer sind zunächst niedriger. Deshalb ist es auch nicht ausgemacht, dass die Champions von gestern auch die Champions von morgen sein werden.

Ein solcher Strukturwandel bietet demnach auch eine große Chance, die weltwirtschaftlichen Gewichte zwischen den Industrieländern neu zu verteilen. So ist der Übergang zu den Technologien der Informations- und Kommunikationsbranche und zur Biotechnologie in Deutschland langsamer verlaufen als in den angelsächsischen Ländern. Für diese erste Phase des Wandels sind die Risikomentalität und die Bedingungen für Neugründungen entscheidend. Diese waren und sind in anderen Ländern, vor allem in den angelsächsischen Ländern, besser als in Deutschland. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass Deutschland sich bei den IuK-Technologien und bei der Biotechnologie in der Rolle des durchaus erfolgreichen Nachzüglers wiederfand.

### ... sind vorbei

Die Boomphase der IuK-Technologien und der Bioechnologien fand woanders statt – zum Beispiel in Silicon Valley. Ganz im Gegenteil fällt es in Deutschland schwerer, von den alten Strukturen und Branchen Abschied zu nehmen. Viel Energie wird in die Verlangsamung eines Strukturwandels gesteckt, der sich doch nicht aufhalten lässt.

Ein zweiter Grund für die verlangsamten Wachstumsraten in vielen altindustriellen Ländern ist die Liberalisierung der weltweiten Waren- und Kapitalströme. Das Vorbild der EU, der Zusammenbruch der kommunistischen Staaten, der Eintritt erst der Tigerstaaten, dann Chinas und Indiens in den Weltmarkt und vor allem zahlreiche GATT-Runden haben eine Welle der Liberalisierung des Güter- und Kapitalverkehrs ausgelöst. Damit sind aber auch für das anlagesuchende Kapital die Möglichkeiten größer geworden. Nachahmungsfähige, ortsunabhängige und lohnkostenintensive Produkte und Prozesse sind deshalb mehr denn je Kandidaten für Verlagerungen.

Unter dem Strich hat der Wettbewerbsdruck durch die Globalisierung des Wettbewerbs zugenommen. In Deutschland hat sich das vor allem auf jene Industriezweige ausgewirkt, die seit jeher international agieren. Sie sind wettbewerbsfähiger, aber →

eben auch schlanker als jemals zuvor. Der Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze schreitet nirgendwo so rasant voran wie in den Großunternehmen. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Zu den spezifischen Problemen Deutschlands zählt auch die institutionelle Konstruktion der Sozialversicherungssysteme. Im Prinzip ist ihre Finanzierung an die Löhne, genauer gesagt an die Lohnsumme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, gekoppelt. Deshalb ist die Diskrepanz zwischen Netto- und Bruttolohn in Deutschland besonders groß. Die hohen Bruttolöhne sind einerseits Faktor zur Erklärung der ungewöhnlich hohen Massenarbeitslosigkeit in Deutschland im Vergleich zu anderen Industrieländern. Andererseits ist die Stagnation der Reallöhne, die mittlerweile schon über ein Jahrzehnt anhält, ein Grund für die fortdauernde Schwäche der Inlandsnachfrage in Deutschland.

Den meisten dieser Faktoren ist gemeinsam, dass sie auch in absehbarer Zukunft wirken werden. Die Bevölkerung wird in den nächsten 30 Jahren schrumpfen, wenn es nicht eine gewaltige Einwanderungswelle gibt. Damit wird auch die zunehmende Überalterung der Gesellschaft fortschreiten. Wie sich unter solchen Bedingungen die Binnennachfrage je zu einem Konjunkturmotor entwickeln oder wie eine Gesellschaft, deren stärkste Alterskohorten die Jahrgänge über 50 sind, pausenlos Innovationen in den Markt bringen soll, ist schwer nachzuvollziehen.

## Abschied von illusionären politischen Zielen

Vor diesem Hintergrund wirkt die Ruckrhetorik von großen Teilen der politischen und wirtschaftlichen Eliten, die den politischen Diskurs bis zur Bundestagswahl prägte, eigentümlich surreal. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung weiß gut, dass die fetten Jahre vorbei sind. Aber sie weiß ebenso gut, dass die geforderten Reformen nicht die wirtschaftliche Dynamik erzeugen, derer es bedürfte, um mit Wachstum die deutschen Reformbaustellen zu schließen. So liegt die Beschäftigungsschwelle gegenwärtig bei etwa zwei Prozent. Es gilt also: erst wenn das Wachstum die jährlichen Produktivitätssteigerungen um diesen Betrag überschreitet, wird das Arbeitsvolumen wieder zunehmen.

Das ist nicht sehr realistisch. Da die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme an die Lohnsumme gekoppelt ist, das Arbeitsvolumen nicht zunimmt und die Löhne stagnieren, ist in der Folge auch das Finanzierungsproblem der Sozialversicherungssysteme durch Wachstum kaum lösbar. Und schließlich sorgt das fehlende Wirtschaftswachstum verbunden mit einer politisch gewollten Senkung verschiedener Steuern zu einer Stagnation der öffentlichen Einnahmen auf einem Niveau, das seit Jahren deutlich unter dem Niveau der Ausgaben liegt. Selbst wenn also die Staatsausgaben nicht weiter gesteigert werden, bleibt die Nettokreditaufnahme unter diesen Bedingungen sehr hoch und die akkumulierte Staatsverschuldung steigt weiter an.

Realistischerweise geht es um etwas anderes. Nämlich um

den Versuch, die sozialen Großsysteme in Deutschland angesichts der Stürme der Globalisierung und des demographischen Wandels für die nächsten 30 Jahre wetterfest zu machen. Neuhochdeutsch geht es um eine nachhaltige Entwicklung, bei der die demokratischen Institutionen, die soziale Kohärenz der Gesellschaft und das erreichte Niveau des Wohlstands in Deutschlands auf Dauer beibehalten werden sollen. Grob verkürzt: Es geht darum, nicht ärmer zu werden.

Politisch ist das zweifellos nicht sexy. Aber grundlegende programmatische Schlussfolgerungen lassen sich aus einer solchen Analyse schon ableiten. Die wichtigste ist vielleicht die: Wenn es absehbar zu wenig Wachstum gibt, dann darf man die Lösung der anstehenden gesellschaftlichen Probleme nicht von Wachstumsraten abhängig machen, die sich nicht einstellen werden.

## Ein realistisches Volk

Die Bevölkerung misstraut den scheinbar alternativlosen Leitvorstellungen eines Großteils der politischen und wirtschaftlichen Elite durchaus zu Recht. Aber auch ein realistischerer Politikentwurf, der auf Distanz geht zu dem Versprechen auf fortwährenden Wohlstandszuwachs, bedarf einer ideengeschichtlichen Legitimation. Und das ist in Deutschland vielleicht besonders schwierig.

Die deutsche Fixierung auf materiellen Wohlstand, Karriere und Aufstieg ist offensichtlich eng verknüpft mit der tiefen Identitätskrise, die Deutsche mit ihrem Land seit Auschwitz haben. Neben dem Fußball war der zunehmende materielle Wohlstand immer ein Phänomen, mit dem man sich vorbehaltlos identifizieren konnte. Umso gravierender sind die Entzugsercheinungen spürbar. Wenn Deutschlands Fußballmannschaft nicht aus dem Knick kommt und wenn Deutschland als wirtschaftlich kranker Mann Europas gilt, dann macht sich das gebrochene Identitätsbewusstsein in einem Gefühl von Leere, Hysterie und schlechter Laune bemerkbar. Natürlich ist es eine Illusion zu glauben, man könnte diese Leere mit Marketingkampagnen von der Art „Du bist Deutschland“ bekämpfen. Das typisch deutsche Missvergnügen an der eigenen Existenz ist tiefer verwurzelt und entzieht sich deshalb weitgehend der Beeinflussung durch professionelles Marketing. Seine Überwindung muss in Jahrzehnten gedacht werden.

Ein guter Anfang wäre vielleicht schon gemacht, wenn der Diskurs um die wirtschaftlichen Perspektiven Deutschlands nicht mehr so stark mit unerfüllbaren Hoffnungen auf die Segnungen eines Wirtschaftswachstums aufgepumpt würde, das sich sowieso nicht einstellen wird. Das gilt ebenso für die Durchbruchrhetorik der Neoliberalen wie für die Besitzstandswahrungsverwalter auf Seiten der Linken.

### ■ AUTOR + KONTAKT

**Stefan Zundel** ist Professor für Energie und Umwelt, Öffentliche Finanzwirtschaft und Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Lausitz.

FH Lausitz, Großenhainer Straße 57, 01968 Senftenberg.

Tel. 03573/ 85733, E-Mail: zundel@fh-lausitz.de



(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.